

### Beziehungen zu den kantonalen Gerichten

Das Bundesgericht führte am 27. Oktober an seinem Sitz in Lausanne die jährliche *Justizkonferenz* mit den obersten kantonalen Gerichten durch. Schwerpunktthema bildete wie im Vorjahr die Einführung des digitalen Gerichtsdoassiers und des obligatorischen elektronischen Rechtsverkehrs mit den professionellen Anwendern (siehe dazu oben bei der Informatik). Die Konferenz beschloss auch, dass die kantonalen Gerichte wie bisher selber bestimmen, wer an der Justizkonferenz teilnimmt (grundsätzlich ein Teilnehmer pro Kanton). Je nach Hauptthema einer Konferenz kann die Vertretung auch angepasst werden.

### Beziehungen zur KKJPD

Im Berichtsjahr wurden die Beziehungen zur KKJPD im Rahmen des Gemischten Ausschusses auf Projektstufe gepflegt. Dieser tagte in der zweiten Jahreshälfte zweimal in Bern im Haus der Kantone, um das gesamtschweizerische Projekt Justitia 4.0 strategisch auszurichten. Die Gerichte sind in diesem Ausschuss durch die Generalsekretäre des Bundesgerichts, des Obergerichts des Kantons Zürich und der Gerichtsbarkeit des Kantons Genf vertreten.

### Beziehungen zum Parlament

Mit den Geschäftsprüfungs- und Finanzkommissionen wurden die üblichen Fragen behandelt. Die Subkommissionen Gerichte/BA des National- und Ständerates tagten zu den Geschäftsberichten der eidgenössischen Gerichte am 3. April am Sitz des Bundesgerichts.

### Beziehungen zu ausländischen Gerichten

Die internationalen Beziehungen des Bundesgerichts sind in erster Linie auf die Nachbarländer und die internationalen Gerichtsvereinigungen ausgerichtet, in denen das Bundesgericht Mitglied ist.

Im Berichtsjahr präsidierte das Bundesgericht wie schon im Vorjahr die Association des Cours constitutionnelles ayant en partage l'usage du français (ACCPUF). Der Bundesgerichtspräsident leitete die Bürositzungen, die in Rabat und Paris stattfanden. Das zwanzigjährige Bestehen der ACCPUF wurde am 15. und 16. November in Paris in den Räumlichkeiten des Conseil constitutionnel français mit einem offiziellen Festakt und einem Kongress über Fragen der Redaktion der Urteile feierlich begangen. Ausserdem nahm das Bundesgericht an verschiedenen Kongressen und Konferenzen im Ausland teil, namentlich am XVII. Kongress der Konferenz der Europäischen Ver-

fassungsgerichte in Batumi und am vierten Kongress der Weltkonferenz der Verfassungsgerichte in Vilnius. Eine Delegation des Bundesgerichts stattete dem EFTA-Gerichtshof in Luxemburg am 6. Juli einen Besuch ab. Am 29. September traf sich eine Delegation des Bundesgerichts in Strassburg mit einer Abordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Dabei wurden namentlich die Auswirkungen gewisser Urteile des EGMR auf die schweizerische Rechtsordnung erörtert.

Das Bundesgericht empfing am 21. April eine Delegation des Obersten Gerichts der Volksrepublik China mit Präsident Qiang ZHOU und vom 9. bis 11. Juli eine Delegation des Verfassungsgerichtshofs von Österreich mit Präsident Gerhard Holzinger je zu einem fachlichen Austausch.

### Finanzen

Die *Rechnung* des Bundesgerichts weist im Berichtsjahr Ausgaben (inklusive Investitionen) in der Höhe von 93 081 000 Franken und Einnahmen in der Höhe von 14 135 000 Franken aus. Der Deckungsgrad betrug 15,2%. Die Gerichtsgebühren beliefen sich auf 12 731 000 Franken. Diesen Gebühren stehen effektive Verluste von 1 212 000 Franken gegenüber. Gemessen an den fakturierten Gerichtsgebühren des Berichtsjahres betrugen die Verluste somit 9,5%. Die Wiedereingänge abgeschriebener Forderungen beliefen sich auf 90 000 Franken.

	Betrag in CHF
Ausgaben (inkl. Investitionen)	93 081 000
Einnahmen	14 135 000

### Aufsichtstätigkeit gegenüber den erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten und Zusammenarbeit

#### Sitzungen

Am 31. März behandelte das Bundesgericht mit den drei erstinstanzlichen eidgenössischen Gerichten je getrennt ihren Geschäftsbericht sowie die Rechnung 2016 und den Voranschlag 2018. Die alle Gerichte betreffenden Fragen, namentlich verschiedene parlamentarische Geschäfte sowie die Digitalisierung der Gerichtsdoassiers wurden in einem gemeinsamen Teil behandelt. Weitere Aufsichtssitzungen fanden am 13. Oktober beim Bundespatentgericht und Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen sowie am 18. Oktober beim Bundesstrafgericht in Bellinzona statt. In den Herbstsitzungen liess sich die Verwal-